Feststellung gemäß § 5 UVPG

Audi AG Werlte

GAA Oldenburg v. 16.12.2019 — OL 19-068-02 —

Die Firma Audi AG, 85042 Ingolstadt, Auto-Union Straße 1, hat mit Schreiben vom 26.04.2019 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 BImSchG für die wesentliche Änderung ihrer e-gas-Anlage mit einer Produktionskapazität von 360 m³/h Methan am Standort in 49757 Werlte, Loruper Str. 80, Gemarkung Werlte, Flur 5, Flurstücke 200/3 und 201/3 beantragt. Gegenstand der Änderung ist die Erweiterung der Anlage um eine Verflüssigungsanlage für die Produktion von LNG (Liquified Natural Gas) bei gleichbleibender Produktionskapazität.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß §§ 5, 9 Abs.3 Satz 1 Nr.2 UVPG i. V. m. Nr. 4.2 - Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Stoffen oder Stoffgruppen durch chemische Umwandlung im industriellen Umfang - der Anlage 1 UVPG durch eine Vorprüfung des Einzelfalls zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass für das Vorhaben eine UVP-Pflicht nicht besteht.

Begründung:

Der Vorhabenstandort liegt im Geltungsbereich eines Bebauungsplans. Die Änderung wird innerhalb des bestehenden Anlagengrundstückes durch Aufstellung einer Anlage in einem Container vorgenommen. Es wird keine Neuversiegelung von Flächen geben und es fallen keine Abfälle an.

Andere Auswirkungen als die Emission von Geräuschen sind nicht zu erwarten. Aus der Geräuschimmissionsprognose hat sich ergeben, dass es durch die Anlage nicht zu relevanten Geräuschbeiträgen kommt.

Diese Feststellung wird hiermit der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.